

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

## Einer, der's vor Jahrzehnten schon einführte.

Im „Konfektionär“ macht der Industrielle Heinrich Freese einige interessante Ausführungen zu dem Kapitel „Konstitutionelle Fabrik“. Freese hat in seinem Betriebe bereits vor Jahrzehnten aus eigenem Antriebe wertvolle soziale Reformen eingeführt und ließ das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter entsprechend zur Geltung kommen. Trotzdem die Ausführungen des Herrn F. in einigen Punkten durch die jetzigen Ereignisse bereits überholt sind, sind dieselben doch wertvoll. Freese schreibt u. a.:

„Ich kann darauf hinweisen, daß ich mich schon seit Jahren bemüht habe, die Arbeitgeber auf den Wandel der Dinge vorzubereiten, der nach meiner Ansicht früher oder später kommen mußte. Ich habe meine Ständesgenossen immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß Änderungen in der Stellung der Unternehmer zu den Angestellten auf die Dauer nicht zu vermeiden sein werden, daß die hergebrachten Formen anderen weichen müßten und daß der Parlamentarismus wie in der Staats- und Gemeindeverwaltung auch in der Industrie und im Handel kommen werde.“

Mein letztes Buch: „Die konstitutionelle Fabrik“ \*) ist vor 10 Jahren erschienen. Ich habe darin geschildert, wie sich

### der Uebergang zur konstitutionellen Betriebsform

bei mir vor 35 Jahren vollzogen hat. Mein Buch ist in den Zeitungen sehr gelobt worden. Man hat meine Anregungen beachtenswert gefunden und hat gewünscht, daß die Arbeitgeber ihnen Folge geben möchten. Man hat gemeint, daß das Verfassungsleben in meiner Fabrik ungeahnte Möglichkeiten böte. Der Fabrikparlamentarismus werde kommen, wie der politische Parlamentarismus einst gekommen sei, und er werde unsere Industrie ebenjowenig schädigen, wie die Staaten durch die Einführung der Verfassung geschädigt worden sind. Der Krieg zwischen Kapital und Arbeit werde weiter gehen bis zu einem bitteren Ende. Ich hätte gezeigt, daß der Kampf nicht nötig gewesen wäre.

Was ich vorgeschlagen habe und in meinem Betriebe mehr als drei Jahrzehnte erfolgreich durchgeführt habe, ist kurz folgendes:

### Die Arbeits- oder Betriebsordnung

darf nicht mehr einseitig vom Arbeitgeber aufgestellt und nur von der Behörde auf ihre Zulässigkeit geprüft werden, sie muß mit der Arbeiterschaft vereinbart werden. Ist in den Betrieben ein Arbeiterausschuß vorhanden, so muß ihm die Arbeits- oder Betriebsordnung vorgelegt werden. Ist noch kein derartiger Ausschuß vorhanden, so muß er in einer Versammlung oder durch Abgabe von Stimmzetteln sofort gewählt werden.

Die Arbeitsordnung muß mit dem Ausschuß in zweier- oder dreimaliger Lesung sorgfältig durchberaten werden. Es muß alles daraus entfernt werden, was nicht mehr zeitgemäß ist oder von den Arbeitern als ungerecht empfunden wird. Anfang und Ende der Arbeitszeiten, die Zahl und die Dauer der Pausen, die Kündigungsfristen, die Sicherheitsvorschriften müssen mit dem Ausschuß vereinbart werden. Die neue Werkverfassung muß neben der Unterschrift des Arbeitgebers auch die der Arbeitervertreter tragen. Ueber die zweckmäßige Gestaltung des Arbeiterausschusses und seine Tätigkeit gibt mein Buch Auskunft.

### Die Zeit- und Stücklöhne

müssen auf freier Vereinbarung beruhen. In meiner Fabrik besteht das System der Tarifverträge schon seit 35 Jahren. Die Verträge tragen neben der Unterschrift des Arbeitgebers und der betreffenden Arbeitergruppen die des Vorstandes des Arbeiterausschusses. Meist werden sie auf drei Jahre abgeschlossen. Kommen Meinungsverschiedenheiten vor, so werden sie in gemeinschaftlicher Beratung geschlichtet. Ein wichtiges Ergebnis unserer Beratungen ist

### der Achthundentag

gewesen, der jetzt gesetzlich vorgeschrieben worden ist und in meiner Fabrik schon seit 26 Jahren besteht. Als er bei mir eingeführt werden sollte, schien er ein Waagnis zu sein. Die Arbeiter waren überzeugt, als ich den Vorschlag

machte, und sie hatten allerlei Bedenken dagegen. Die Frauen der Arbeiter erhoben sogar Einspruch dagegen. Ein mehrmonatlicher Versuch bewies uns aber, daß der Achthundentag nicht nur durchführbar war, sondern für alle Beteiligten vorteilhafter war als die langen Arbeitszeiten, die vorher in der Saison bei uns üblich gewesen waren.

### Die Wohlfahrtseinrichtungen,

von denen in den meisten Fabriken einige vorhanden sind, müssen grundsätzlich auf freier Selbstverwaltung beruhen. In meiner Fabrik besteht eine Unterstützungskasse, die zinslose Darlehen, Krankenunterstützungen und Sterbegelder, Witwen- und Alterspensionen bewilligt. Erholungsräume und Kaffeeküchen, Fabrikbäckerei und Schrebergärten, eine Fabrikfeuerwehr und eine gemeinschaftliche Feuerversicherung des Mobiliars der Angestellten sind im Laufe der Jahre entstanden. Fast alle sind vom Ausschuß eingerichtet und durchgeführt worden. Die Verwaltung ruht ganz in den Händen der Arbeiterschaft. Ich beteiligte mich daran nur durch Beiträge. Durch Prämien für Verbesserungen wird jeder Vorschlag belohnt, der der Fabrik Nutzen bringt. Es sind bei mir im ganzen mehr als 500 Vorschläge eingereicht und zum Teil prämiert worden. Ich verdanke dieser Einrichtung eine ganze Reihe von wichtigen Verbesserungen.

Seit 1888 sind die Beamten und seit 1890 sind die Arbeiter in allen meinen Betrieben

### am Reingewinn des Unternehmens beteiligt.

5 v. H. erhalten die Beamten, 5 v. H. die Arbeiter und 2 1/2 v. H. erhalten die Unterstützungskassen der Fabrik, die während des Krieges allein mehr als dreißigtausend Mark für Unterstützungen an Kriegerfrauen ausgezahlt haben.

Wie im Staat und in den Gemeinden hat der Fabrikparlamentarismus auch im Geschäft seine Grenzen.

### Auf die rein kaufmännischen Angelegenheiten,

den Einkauf und Verkauf, die Kreditgewährung an Abnehmer oder die Inanspruchnahme von Bankkrediten haben die Ausschüsse bei mir keinen Einfluß. Das sind Angelegenheiten, die der Arbeitgeber auf seine eigene Gefahr durchführen muß. Die Arbeiterausschüsse haben sich in diese Dinge niemals eingemischt und haben immer nur den Wunsch gehabt, über Angelegenheiten mitzupprechen, die die Arbeiterschaft unmittelbar angehen. Dieses Verlangen ist begründet.

In Betriebszweigen, die einen monopolartigen Charakter haben, wird man

### unbedenklich noch weiter gehen können.

Straßenbahnen, Elektrizitätswerke, Bergwerke sind schon vor der Umwälzung vielfach in öffentliches Eigentum übergegangen. Andere Betriebe eignen sich aber durchaus nicht für einen staatlichen oder Gemeindebetrieb. Man würde sie vernichten, wenn man sie der Unternehmer berauben würde, die sie gegründet und aus kleinen Anfängen zu großem Umfang gemacht haben. Für diese Unternehmungen bietet die Teilnahme der Angestellten an der Verwaltung und am Reingewinn einen gangbaren Ausweg. Die Unternehmungen werden dadurch mehr in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Deshalb sollten meine Ständesgenossen nicht zögern, diesen Weg zu betreten.

## Jedes Mitglied soll Lohnaufzeichnungen machen.

Im praktischen Leben kann man ohne Beweise nicht auskommen. Wenn man etwas behauptet, muß man die Behauptung mit Beweisen belegen. So geht es auch bei unsern Bestrebungen um bessere Lohnverhältnisse. Fordern wir eine Verbesserung der Löhne, so müssen wir das Unzureichende der bisherigen Lohnhöhe zahlenmäßig beweisen. Manche Verhandlung über Lohnforderungen wäre eher zum Abschluß gekommen, wenn den Arbeitervertretern mehr und stichhaltiges Lohnmaterial zur Verfügung gestanden hätte. Während die Arbeitgeber die Neigung haben, die höchsten Verdienste ins Feld zu führen, wird von den Arbeitnehmern gern umgekehrt verfahren. Hat man aber bei der Verhandlung einen

genauen Ueberblick, dann erleichtert sich dadurch das Zustandekommen eines Abchlusses. Ebenfalls gibt ein möglichst lückenloser Ueberblick über die Löhne ein sicheres Maß dafür, ob die Grundlage, auf der man aufgebaut hat, einen festen Halt abgibt.

Es ist gewiß richtig, daß der neuerliche Abschluß von Tarifverträgen mehr offen zu Tage liegende Klarheit in die Lohnverhältnisse der Textilarbeiter gebracht hat. Trotz und alledem wird die Führung der Lohnstatistik aber nicht überflüssig. Meist sind in den Tarifen Durchschnitts- und Mindestlöhne oder Richtlöhne für die einzelnen Arbeitergruppen festgesetzt. Inwieweit die einzelne Gruppe oder Sparte den Lohn nun durchschnittlich erreicht oder überschreitet, bedarf wieder der Mitkontrolle der Arbeiter selbst. Einzelmindestlöhne sind in den Tarifen meist nur bedingt eingeführt. Auch in den Fällen ist also die Mitkontrolle der Arbeiter notwendig. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß vor den Schlichtungsausschüssen und Schlichtungsinstanzen zuverlässiges Lohnmaterial unbedingt erforderlich ist.

Es ist eine leichte Mühe für jedes Mitglied, den Lohnzettel jedesmal aufzubewahren. Am besten wird an jedem Wochentage der verdiente Lohn in ein besonderes Büchlein eingetragen, welches von jedem Mitglied gut verwahrt wird. Das Mitglied selbst kann bei den verschiedensten Anlässen im Leben die Aufzeichnungen verwenden und ermöglicht im übrigen dadurch, daß es von Zeit zu Zeit der örtlichen Verbandsleitung die Aufzeichnungen zur Verfügung stellt, dem Verbands eine leichtere Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft. Das Mitglied handelt also in jedem Falle in seinem eigenen und im Gesamtinteresse.

Darum: Jedes Mitglied soll sich die Löhne fortlaufend notieren, oder die Lohnzettel geordnet aufbewahren.

## Allgemeine Rundschau.

### Die Psychose der Massen.

Ein bekannter Führer der Berliner Unabhängigen, der zur schärferen Richtung gehört, Ströbel, hat kürzlich in der „Weltbühne“ einen bemerkenswerten Artikel veröffentlicht, worin er ausführt, daß heute, ähnlich wie im Anfang des Krieges, eine Psychose in die Massen dringe. Nur berausche heute statt des Imperialismus der Bolschewismen die Gemüter. Der Bolschewismus sei für Rußland eine Katastrophe gewesen, und er würde es für Deutschland erst recht sein, da zwei Drittel des Volkes von der Industrie leben. Gewiß, so sagt er, ist das alte kapitalistische System nicht mehr möglich, und man muß sozialisieren, soweit es geht. Aber diese Sozialisierung ermöglicht auch die Demokratie, die ja schon alle wichtigen Kommunen in die Hand der Arbeiter gebracht hat und auch im Reich und in den Einzelstaaten bei einer verständigen Zusammenfassung der sozialistischen Kräfte dem Proletariat die ausschlaggebende Macht sichert. Wozu also, wenn die reale Diktatur auf legalem Wege erreichbar, die formale Diktatur proklamieren, die maßlose Erbitterung wecken und alle Kräfte des Widerstandes aufreizen muß? Wozu Gewalt und Terror, wozu der Bürgerkrieg in Permanenz, wenn kraftvolle und zielklare Ausnützung der demokratischen Handhabung ebenso gut und besser jede organisatorisch mögliche Sozialisierungsmaßnahme gestattet?

Schon! Es ist nur bedauerlich, daß die Unabhängigen diese Wahrheiten nicht eher betont haben. Sie haben gehetzt und hegen immer noch weiter. Durch das Verhalten der Unabhängigen ist diese Psychose (Stimmung), von der Ströbel spricht, mit zur Herrschaft gekommen.

### Ausbildung für erwerbslose Arbeiterinnen.

Wir lesen in einem Düsseldorfener Bericht über die vorstehende Frage folgendes:

Der Sonderausschuß für weibliche Berufe des Demobilisierungsausschusses hat in Verbindung mit der Fürsorgevermittlungsstelle, Abteilung IV der Zentralstelle für freiwillige Liebestätigkeit, Kurse für weibliche Arbeiterinnen, insbesondere für Jugendliche, eingerichtet. Bisher haben zwei Kurse von je 20 Doppelsunden in Säuglings-, Kinder- und allgemeiner Gesundheitspflege stattgefunden, an denen 45 Arbeiterinnen teilnahmen, außerdem in 28 Stunden und für 15 Schülerinnen Kurse in Handfertigkeitsunterricht. Zur Zeit finden noch Haushaltungskurse für jugendliche Arbeiterinnen statt, die als Lehrfächer Kochen, Waschen, Plätten, Handarbeit, Säuglingspflege, Verwaschen und Lebenskunde umfassen. Hieran nehmen 32 Schülerinnen teil. Diese Kurse, die auf drei Monate berechnet sind, werden von morgen 8 Uhr bis abends 7 Uhr an drei verschiedenen Stellen abgehalten und von Gewerbe- und Haushaltungsklehrerinnen geleitet. Ein vierter Kursus ist in Vorbereitung. Diese Kurse

\*) Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis: geb. 2,50 M.

Haben hauptsächlich den Zweck, solchen Arbeiterinnen, die bisher in der Industrie tätig waren, dort aber nicht mehr verwendet werden können, die Möglichkeit zu geben, sich mit der Ausübung von Hausarbeiten vertraut zu machen.

Abgesehen davon, daß die Bemerkung in dem Bericht über die Abneigung der Hausfrauen, Fabrikarbeiterinnen als Hauspersonal zu verwenden, doch in etwa bezeichnend ist, kann die Ausbildung erwerbsloser Arbeiterinnen in besonderen Kursen nur begrüßt werden.

Ein weiteres Glied der langen Kette.

Der „Wälzer“ vom 1. April, Heibelberg, Nr. 85, brachte unter dem Stichwort „Terrorismus gegen christlich organisierte Arbeiter“ folgende Notiz:

„In letzter Zeit haben wir wiederholt auf die traurige Tatsache hinweisen müssen, daß in der gegenwärtigen Zeit der Freiheit der Terrorismus in unheimlicher Weise zunimmt.“

Wenn sich der Fall wirklich so verhält und vielleicht noch Schlimmeres machen sollte, dann können wir in unserem „Freiheitszeitalter“ noch weitere tolle und wahnsinnige Dinge erleben.

Aus unserer Industrie.

Sarawucher und Schieberwirtschaft.

Je mehr struppeliger Weise trotz aller Höchstpreise der Sarawucher betrieben wird, zeigt eine Verhandlung gegen den Agenten Julius Löwy und den Strumpfabrikanten Dsmar Dost in Chemnitz vor dem hiesigen Landgericht.

Die deutsche Leinenindustrie vor einer Katastrophe.

Unter dieser Überschrift verhandelt der Verband deutscher Wollwäcker- und Aufbereitungsanstalten e. B. in Sorau eine Denkschrift, die nachzulesen versucht, daß infolge mangelhafter Waggeneinstellung die Belieferung der Landwirte mit Saatgut behindert wird.

Die Lage der Textilarbeiter in der badischen Nationalversammlung.

Unser Kollege Gerhard Fiebig, welcher der badischen Nationalversammlung angehört, hat dort eine Interpellation eingebracht, in welcher die Regierung befragt wird, welche Schritte sie zur Beseitigung des Dauerkriegs der Textilarbeiter und der Arbeitslosigkeit zu

tun gedenke. In der Begründung der Interpellation wurde die traurige Lage der Textilindustrie und besonders auch die Notlage der Textilarbeiter eingehend geschildert.

Aus unserer Bewegung.

Eingabe an die zentrale Kommission.

Die von der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie eingeführte zentrale Kommission hat für das Rheinland die Bildung einer Untergruppe beschlossen.

Düsseldorf, 5. Mai 1919.

Konfordiastr. 7.

An die Zentrale Kommission für die gesamte Textilindustrie

Berlin W. 35

Schöneberger-Ufer 35.

Die linksrheinischen Verbände der Textilindustrie haben die Bildung einer Untergruppe Rheinland bis jetzt abgelehnt und wollen sich auch sonst nicht an die seitens der zentralen Kommission gefassten Beschlüsse und vereinbarten Richtlinien gebunden halten.

Der von den linksrheinischen Verbänden erhobene Einwand, sie hätten bei den Berliner Beschlüssen nicht mitgewirkt, ist u. E. nicht stichhaltig.

Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen das Verhalten der genannten Arbeitgeberverbände Einspruch zu erheben und bitten gleichzeitig, daß in der nächsten Sitzung der zentralen Kommission zu der Angelegenheit Stellung genommen wird.

Hochachtungsvoll

Der Zentralvorstand:

gez. E. M. Schiffer, Vorstandsvorsitzender.

Seid handhaft und fest.

Wir befinden uns gegenwärtig noch in einem tollen Durcheinander, und wo die Entwicklung eines Tages Halt machen wird, ist noch nicht abzusehen.

Lassen wir uns von Elementen, welche weder Verantwortung tragen, noch etwas darum geben, wie die wilden Fische letzten Endes auslaufen, nicht ins Bodschorn jagen.

Regelung der Lohnverhältnisse in Cassel.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie für Cassel und Umgebung einerseits, und den beiden hiesigen Textilarbeiterverbänden andererseits, wurden am 24. April 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in der Woche. Den Betrieb wird die Verteilung der 48 Stunden nach Beschäftigung mit dem Arbeiterausschuß anheimgestellt.

2. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nachtarbeit (außer bei Schichtwechsel) und für Sonntagarbeit 50 Prozent Zuschlag gewährt.

3. Die Mindestdurchschnittslöhne betragen:

Table with 2 columns: Group description and Minimum wage. Includes entries for Group 1 (1.65 M), Group 2 (1.50 M), Group 3 (1.50 M), Group 4 (1.30 M), Group 5 (0.90 M), Group 6 (0.90 M), Group 7 (1.00 M), Group 8 (0.90 M), Group 9 (1.05 M), Group 10 (1.00 M), Group 11 (0.70 M), Group 12 (0.70 M).

Bei schlechtgehenden Werken wird der Akkordarbeiter entsprechend dem Verdienst der vorhergehenden letzten drei Wochen entschädigt.

Invalide und nachweislich minderleistungsfähige Arbeiter können niedriger entlohnt werden.

4. Die bis jetzt gezahlte Kinderzulage bleibt bestehen.

5. Das Abkommen tritt mit der auf das heutige Datum folgenden Lohnwoche in Kraft und hat bis zum 31. Juli 1919 Gültigkeit.

Nachschrift. Zu Position 3: Als Schwerarbeiter werden angesehen Färber, Fetzer, Rüstenträger, Krempelpußer, Rauher, Spüler, Seltaktorsteller, Walker, Wolllagerarbeiter.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Sieffentirchen. Am 4. Mai fand im kath. Vereinshaufe unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war.

Lobberich. Gemessen an der jetzt vorhandenen Zahl der Mitglieder hätte unsere am 4. Mai stattgefundene Ortsgruppenversammlung besser besucht sein müssen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Einer, der's vor Jahrzehnten schon einfuhrte. - Jedes Mitglied soll Lohnaufzeichnungen machen. - Allgemeine Rundschau: Die Psycho der Massen. - Ausbildung für erwerbslose Arbeiterinnen. - Ein weiteres Glied der langen Kette. - Aus unserer Industrie: Sarawucher und Schieberwirtschaft. - Die deutsche Leinenindustrie vor einer Katastrophe. - Die Lage der Textilarbeiter in der badischen Nationalversammlung. - Aus unserer Bewegung: Eingabe an die zentrale Kommission - Seid handhaft und fest - Regelung der Lohnverhältnisse in Cassel. - Berichte aus den Ortsgruppen: Sieffentirchen. - Lobberich.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Krefeld.